

MEHR DEMOKRATIE - GENAU. JETZT!

Abstand halten, Maske tragen oder auf dem Sofa sitzen bleiben. Nicht gerade die besten Voraussetzungen für die Arbeit von Mehr Demokratie. Die Seele der Demokratie ist das Gespräch – aus dieser Überzeugung lebt unser Verein, nach diesem Motto funktionieren Bürgerbegehren, Volksabstimmungen und geloste Bürgerräte. Corona hat das vorübergehend erheblich erschwert.

Und doch sind wir im Gespräch geblieben und haben uns nicht aus dem politischen Raum zurückgezogen.

Wir haben – wo es irgendwo ging – auf Online-Formate gesetzt. Das hat geklappt, das ist gelungen.

Unterm Strich haben wir 2020 mit unseren Themen mehr Menschen erreicht als in den Jahren zuvor – die neu entdeckten digitalen Möglichkeiten werden uns langfristig nutzen.

Auch inhaltlich beschäftigt uns der Umgang mit der Coronakrise: Es darf nicht sein, dass wir auch die Demokratie krank werden lassen. Wie können gerade im Krisenmodus Parlamente und Bevölkerung angebunden bleiben? Inwieweit ist die Einschränkung von Grundrechten gerechtfertigt? Diese Fragen bewegen wir seit Beginn der Pandemie und entwickeln unsere Antworten ständig weiter.

Mehr Demokratie hat einen Forderungskatalog aufgestellt und dazu einen Aufruf an die Bundeskanzlerin gestartet. Im Kern steht die Überzeugung, dass weitreichende Beschlüsse wie die Änderung des Infektionsschutzgesetzes erst nach umfassender und transparenter Debatte gefällt werden dürfen. Grundlegende Entscheidungen müssen selbstverständlich von den Parlamenten getroffen werden. Und bei kaum einem Thema ist es so notwendig, die Menschen im Land mit einzubinden. Es darf eben nicht die von der Regierung selbst ausgerufene „Stunde der Exekutive“ bleiben! Gemeinsam mit anderen Organisationen haben wir einen offenen Brief an den Bundestag gerichtet. Wir fordern eine unaufgeregte, solide und transparente Aufarbeitung der in der Krise getroffenen Maßnahmen.

2020 ist einiges passiert, was wir nicht absehen konnten. Wir wurden negativ überrascht: Die Grünen haben sich von der direkten Demokratie verabschiedet. Wir wurden positiv überrascht: Der Bundestagspräsident und der Ältestenrat des Bundestags haben eine Tür zur Einführung eines neuen Demokratie-Instruments auf Bundesebene geöffnet – zu beidem finden Sie mehr im Innenteil.

Wir bleiben dabei: Demokratie ist kein Sofa – auch wenn sie manchmal vom Sofa aus stattfinden muss! Bleiben Sie mit uns dran.



Claudine Nierth
Bundesvorsands-
sprecherin



Marie Jünemann
Bundesvorsands-
sprecherin



Ralf-Uwe Beck
Bundesvorsands-
sprecher

DIE BILANZ UNSERES DIGITALEN DEMOKRATIE-JAHRES



zwei große Online-Konferenzen mit mehreren Tausend Menschen

rund 50 Online-Diskussionsrunden rund um Bürgerräte, direkte Demokratie und das Wahlrecht



mehrere digitale Pressekonferenzen und Mitgliederversammlungen

Aufbau eines eigenen Podcasts unter dem Titel „politikverschossen“



THEMEN 2020



Die Grünen: Künftig ohne Volksabstimmung

In einer knappen Entscheidung hat der Grünen-Parteitag im November beschlossen, Volksabstimmungen aus dem Grundsatzprogramm zu streichen. Aus Sicht von Mehr Demokratie – und den 14 Partnerorganisationen, die unseren offenen Brief mitunterzeichnet haben – verabschieden sich die Grünen damit von ihren Wurzeln als „Basispartei“. Die Grünen wollen das Parlament stärken – und das durch ein Misstrauensvotum gegen die Bürgerinnen und Bürger? Das ist absurd! Wir haben vor dem Parteitag viele Diskussionsrunden angestoßen und bleiben im Gespräch. Es gibt Bewegung innerhalb der Grünen, weil viele nicht hinnehmen wollen, dass ihre Partei zwar künftig auf Bürgerräte setzt, von bundesweiten Volksabstimmungen aber nichts mehr wissen will.

CETA und EU-Singapur-Abkommen vor dem Verfassungsgericht

Udemokratische Handelsabkommen wie CETA (zwischen der EU und Kanada) sind ein Demokratiefeld. Konzerne verklagen Staaten – zum Beispiel, weil ihnen durch die Corona-Schutzmaßnahmen Gewinne entgehen. Auch sind Gremien vorgesehen, die an den Parlamenten vorbei Entscheidungen treffen. Die EU versucht zudem unter dem Stichwort „EU only“ grundlegende Weichen ohne die nationalen Parlamente zu stellen. Unsere Verfassungsbeschwerden gegen CETA und gegen das EU-Singapur-Abkommen vor dem Bundesverfassungsgericht sind noch offen und werden wahrscheinlich 2021 entschieden.

Zweiter deutschlandweiter Bürgerrat startet

„Deutschlands Rolle in der Welt“ – das ist das Thema des zweiten bundesweiten gelosten Bürgerrats. Wie schon der Bürgerrat 2019 wird auch der neue Bürgerrat initiiert und organisiert von Mehr Demokratie, diesmal in Kooperation mit der Initiative EsgehtLOS und mit finanzieller Unterstützung durch sechs Stiftungen. Diesmal findet er komplett online statt und bringt damit wieder neue Erkenntnisse. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die Schirmherrschaft übernommen, Marianne Birthler den Vorsitz. Der

Ältestenrat des Bundestags befürwortet das Demokratie-Experiment, ist er doch nicht nur am Thema, sondern auch am Instrument Bürgerrat interessiert. Am 19. März sollen die Ergebnisse an den Bundestagspräsidenten und die Fraktionen übergeben werden.

Abstimmung 21: Pilotprojekt für bundesweite Volksentscheide

Mit Democracy International, der Petitionsplattform Change und dem OMNIBUS hat Mehr Demokratie Hamburg 2020 einen erfolgreichen Testlauf für die erste selbstorganisierte bundesweite Volksabstimmung organisiert. Zur Bundestagswahl 2021 sollen eine Million Wahlberechtigte Abstimmungsunterlagen erhalten und über drängende Themen wie Klima und bundesweite Volksentscheide abstimmen.

Consul: Demokratie beginnt in den Gemeinden

Mehr Demokratie sorgt derzeit dafür, dass die ersten Städte in Deutschland die Beteiligungsplattform Consul nutzen. Über die von der UN ausgezeichnete Software können Bürgerhaushalte beschlossen, Debatten geführt, gemeinsam Vorschläge erarbeitet und auch abgestimmt werden.

Handbuch Klimaschutz: Grundlage für politische Debatten

Die Klimakrise kann nur politisch und nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden. Deshalb haben Mehr Demokratie und Bürgerbegehren Klimaschutz das „Handbuch Klimaschutz“ herausgegeben. Dies legt für Deutschland ein bisher einmaliges Gesamtkonzept vor und richtet sich an Politik, Bevölkerung und die Zivilgesellschaft. Zusammengestellt sind in dem Buch auch die wesentlichen Fragen, die in Sachen Klimakrise zu besprechen sind – zum Beispiel in einem Klima-Bürgerrat.

#JungMachtDemokratie

Mit einer Verfassungsbeschwerde zum Wahlrecht ab 16 bei den EU-Wahlen tritt Mehr Demokratie für die Rechte junger Erwachsener ein. In die gleiche Richtung geht unser Aufruf, die Europäische Bürgerinitiative – das einzige Beteiligungsinstrument auf EU-Ebene – auch für Jugendliche zugänglich zu machen.



Mehr Infos

www.mehr-demokratie.de/news/voll/mehr-demokratie-genau-jetzt-1/

WAS LÄUFT IN DEN LANDESVERBÄNDEN?

HAMBURG

Unsere Volksinitiative für verbindliche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide war mit 14.023 Unterschriften erfolgreich. Mit Abstimmung 21 haben wir zusammen mit anderen Organisationen eine Kampagne für Volksabstimmungen auf Bundesebene ins Leben gerufen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Anfang 2021 geht der Online-Dienst für Volksinitiativen unter dem Namen „e-Parti“ in Schleswig-Holstein an den Start. Derzeit gibt es im Land drei Initiativen zu gelosten Bürgerräten.

BERLIN/BRANDENBURG

Die Reform des Berliner Abstimmungsgesetzes bedeutet deutliche Verbesserungen für die direkte Demokratie! Der Senat hat zudem - angestoßen durch unseren „Volksentscheid Transparenz“ einen Transparenzgesetz-Entwurf auf den Weg gebracht. In einem offenen Brief haben wir an den Ministerpräsidenten Brandenburgs, Dietmar Woidke, appelliert, die Themen Online-Eintragung und Beteiligungsstrategie endlich anzugehen. Eine Reform der Kommunalverfassung und damit Verbesserungen für Bürgerbegehren sollen in der ersten Jahreshälfte 2021 kommen.

BREMEN/NIEDERSACHSEN

Der Landesverband organisiert sich neu. Ab 2021 wird ein Landesvorstand gewählt und eine Pressestelle wird neu geschaffen. Wir beraten viele Initiativen, besonders in Niedersachsen gibt es erfreulich viele Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

HESSEN

Gemeinsam mit anderen Organisationen haben wir einen Aufruf für faire Bürgerbegehren gestartet, um die hessische Landesregierung zu einer Reform zu bewegen. Außerdem haben wir uns für eine Wahlaltersabsenkung auf 16 Jahre stark gemacht.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Anlässlich der Kommunalwahl im September 2020 hatte der Landesverband ein Eckpunktepapier mit Forderungen zum Thema „Faire und sichere Wahl, auch in Zeiten von Corona“ vorgelegt. Im Rahmen der „Aktion Wahlhelfer 2020“ wurden Kommunen bei der Suche nach Wahlhelferinnen und -helfern unterstützt. Dank unserer Initiative wurde während der Pandemie die Frist für kassierende Bürgerbegehren verlängert.

SACHSEN

Ende Oktober 2020 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Wir suchen Kontakt zur Arbeitsgruppe des Koalitionsausschusses im Landtag zur Ausgestaltung einer möglichen Verfassungsänderung. Dabei geht es u.a. um die Senkung der Hürden für einen Volksentscheid von 13 auf 6 Prozent. Der Koalitionsvertrag sieht außerdem vor, einen Volkseinwand einzuführen.

SAARLAND

Auf Einladung des Landtags haben wir eine schriftliche Stellungnahme zum inklusiven Wahlrecht eingereicht. Mitgewirkt haben wir an einer Online-Diskussion „Wie lässt sich unsere Demokratie verbessern?“

RHEINLAND-PFALZ

In einem Brief an den Landtagspräsidenten haben wir wegen Corona die Senkung der Unterschriften für die Parteien, die zur Landtagswahl am 14. März 2021 antreten wollen, und für Bürger- und Volksbegehren gefordert. Wenige Tage später wurde ein Gesetzentwurf eingereicht, der eine Unterschriftsenkung von 2.080 auf 520 vorsieht. Für Bürger- und Volksentscheide wurde die Möglichkeit der Briefabstimmung gesetzlich verankert.

BAYERN

Wir haben ein Doppel-Jubiläum gefeiert: Vor 30 Jahren wurde der Landesverband gegründet und es wurden per Volksentscheid Bürgerbegehren in Bayern eingeführt. Mittlerweile gab es mehr als 3.000 Bürgerbegehren und 2.000 Bürgerentscheide - viele davon haben wir beraten. Im Frühjahr haben wir gerichtlich die Aufhebung des Versammlungsverbots während Corona erstritten.

Finanzbericht 2020 (ohne Landesverbände)



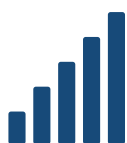
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Aktionen, Kampagnen	3.150,00 €	-217.609,00 €	
Deepening Democracy		-7.500,00 €	
Internationale Partner		-10.000,00 €	
Weiterbildung		-20.762,00 €	
Netzwerk Gerechter Welthandel, Democracy International		-7.280,00 €	
Saldo			-260.001,00 €



Consul - Beteiligungssoftware	20.000,00 €	-26.525,00 €	-6.525,00 €
Abstimmung 21		-218.680,00 €	-218.680,00 €
Bürgerrat Demokratie	24.152,00 €	-50.625,00 €	-26.473,00 €
Bürgerrat Klimaschutz	88.021,00 €	-120.519,00 €	-32.498,00 €
Handbuch Klima		-32.865,00 €	-32.865,00 €
Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt	408.002,00 €	-380.662,00 €	27.340,00 €



Presse und Öffentlichkeitsarbeit			
Webseite, Gestaltung, Infomaterial, Personal, Pressekonferenzen etc.	-	-198.507,00 €	
md-Magazin		-67.209,00 €	
Saldo			-265.716,00 €



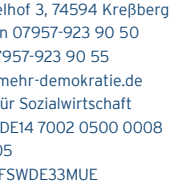
Verbandsinterne Demokratie			
Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen	6.674,00 €	-41.808,00 €	
Mitgliederurabstimmungen			
Saldo			-35.134,00 €



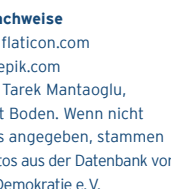
Veranstaltungen			
Vorträge, Seminare, Webinare, Bildung		-15.252,00 €	
Saldo			-15.252,00 €



Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank		-4.800,00 €	
Rankings, Volks- und Bürgerbegehrensbericht	1.100,00 €	-45.015,00 €	
Saldo			-48.715,00 €



Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-94.858,00 €	
Datenbank, Datenschutz		-2.380,00 €	
Bundesbürokosten		-60.554,00 €	
Kostenerstattungen	3.542,00 €		
Rückstellung		-1.958,00 €	
Saldo			-156.208,00 €



Fundraising			
Werbekosten		-53.573,00 €	
Gehälter, Spendenbescheinigungen		-135.854,00 €	
Beiträge Bundesanteil ohne LVs	435.429,00 €	-10.121,00 €	
Mailingspenden	204.583,00 €	-79.036,00 €	
Großspenden (ab 10.000 €)	170.000,00 €		
Spenden	133.917,00 €		
Online-Spenden	218.874,00 €		
Sonstige Einnahmen	33.243,00 €		
MD Stiftung	25.000,00 €		
Saldo			942.462,00 €

Summen	1.775.687,00 €	-1.903.952,00 €	
Ergebnis 2020			-128.265,00 €
Übertrag aus 2019			390.239,00 €
Kontostand 31.12.2020 Bundesverband			261.974,00 €

Impressum

Mehr Demokratie e.V.
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
 Telefon 07957-923 90 50
 Fax 07957-923 90 55
 info@mehr-demokratie.de
 Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE14 7002 0500 0008
 8581 05
 BIC: BFSWDE33MUE

Bildnachweise

Icons: flaticon.com
 de.freepik.com
 Fotos: Tarek Mantaoglu,
 Robert Boden. Wenn nicht
 anders angegeben, stammen
 die Fotos aus der Datenbank von
 Mehr Demokratie e.V.